

LANDESREGIERUNG

Linke reicht Verfassungsklage ein

Erstellt 02.12.11, 14:21h

Die NRW-Linke klagt wegen des Haushalts 2012 gegen die rot-grüne Regierung. Die Einbringung am 21. Dezember sei zu spät, die Linke unterstellt Dreistigkeit und Untätigkeit. Rechtlich sei eine Einbringung bis September vorgeschrieben.



Wolfgang Zimmermann, Fraktionsvorsitzender im nordrhein-westfälischen Landtag. (Bild: dpa)

Die Linke in NRW hat Verfassungsklage gegen die rot-grüne Regierung wegen „verspäteter Einbringung des Landeshaushalts 2012“ eingereicht. Die Klage vor dem Verfassungsgerichtshof in Münster sei am Donnerstag auf den Weg gebracht worden, sagte Linken-Fraktionschef Wolfgang Zimmermann am Freitag. Die Einbringung erst am 21. Dezember in den Landtag verstoße gegen Verfassung und Haushaltsordnung. Ziel sei die richterliche Feststellung, dass Rot-Grün das Budgetrecht des Parlaments verletzt habe. Die Untätigkeit der Minderheitsregierung sei „dreist und unerträglich“. Schon

der Etat für 2011 liegt in Münster. Die CDU hatte geklagt, weil sie die Neuverschuldung für verfassungswidrig hoch hält.

Auf den Haushalt 2012 werde die Klage der oppositionellen Linken-Fraktion zwar keine Auswirkungen haben, sagte der finanzpolitische Sprecher der Linken, Rüdiger Sagel. Man wolle aber einen Riegel vorschieben, damit derartige „Verschleppungsmanöver“ und eine „Willkür der Landesregierung“ sich nicht wiederholen könnten. Es schade dem Land, wenn der Haushalt erst so spät verabschiedet werde. Nach bisheriger Planung ist das für Ende März 2012 geplant. Es sei nicht akzeptabel, dass Rot-Grün mit Nothaushaltsrecht bis weit ins kommende Jahr hinein regieren wolle, kritisierte Sagel. Rechtlich vorgeschrieben - und absolut machbar - sei eine Einbringung bis Ende September gewesen.

Für eine Verabschiedung des Etats braucht die Minderheitsregierung mindestens die Unterstützung aus einer Oppositionsfraktion. Der Etat 2011 hatte den Landtag im Mai nur passieren können, weil die Linken sich enthielten. Diesmal setzt Rot-Grün auf die Hilfe der FDP, die in einigen Punkten - wie zuletzt beim Stärkungspakt Stadtfinanzen - mit SPD und Grünen kooperierte. Der Etatplan 2012 war vor vier Wochen vom Kabinett beschlossen worden. Er sieht knapp vier Milliarden Euro neue Schulden und Gesamteinnahmen von 54,3 Milliarden Euro vor. (dpa)

<http://www.ksta.de/jks/artikel.jsp?id=1322581265614>

Copyright 2011 Kölner Stadt-Anzeiger. Alle Rechte vorbehalten.